

# Erzgeb. Volksfreund.

## Bekanntmachung, die am 10. Januar 1873 vorzunehmende Viehzählung betr.

Nach Beschluß des Bundesrathes des deutschen Reiches vom 28. Juni dieses Jahres hat in allen Staaten des deutschen Reiches eine Erhebung der Viehhaltung nach dem Stande vom 10. Januar 1873 stattzufinden und soll diese Aufnahme von Haus zu Haus erfolgen.

Die Aufnahme erfolgt mittelst gedruckter Formulare, von denen jedem Hausbesitzer in der Zeit vom 28. December 1872 bis 3. Januar 1873 eines gestellt wird, und für deren Ausfüllung nach Anleitung der beigegebenen Vorschriften der Hausbesitzer zu sorgen verpflichtet ist. Für den Fall, daß in einem Hause keine der Thiergattungen, auf welche sich die Zählung beziehen soll, gehalten wird, hat der Besitzer ein „Vacat“ oder „werden nicht gehalten“ in die Spalten des Formulars zu setzen.

Abmüthen gehöriges Vieh ist auf der Liste des Hausbesizers, doch nicht unter dessen Namen, sondern unter dem Namen des Viehbesizers aufzuführen. Die Formulare sind zu diesem Ende mit einer Mehrzahl von Zeilen (eine für jeden Besitzer von Vieh auf dem Grundstücke) versehen und wenn diese nicht zureichend, durch Hinzunahme eines zweiten resp. dritten Formulars, welche an Rathsexpeditionsstelle in Empfang zu nehmen sind, zu vervollständigen.

Die Wiedereinsammlung der mit dem Namen des Hausbesizers zu unterzeichnenden Listen erfolgt vom 15. bis 18. Januar 1873 und hegen wir die Erwartung, daß bei der Aufzeichnung des Viehbestandes mit der größten Genauigkeit verfahren wird.

Schneeberg, am 30. December 1872.

Der Rath. Förster. Rehm.

(24)

## Bekanntmachung.

Nach erfolgtem Abgange der zeitlichen Leichenwäscherin Tröger hier ist deren Stelle wieder besetzen.

Diejenigen, welche sich um diese Stelle bewerben wollen, haben ihre Gesuche bis zum 10. Januar 1873 bei uns einzureichen.

Schneeberg, am 30. December 1872.

Der Stadtrath.

Förster. Rehm.

(13726)

## Bekanntmachung.

Mit Zustimmung der Stadtverordneten ist von uns beschlossen worden, die Hundsteuer vom Jahre 1873 ab nicht mehr, wie bisher, in halbjährigen Terminen, sondern in einem Termine zu erheben.

Unter Bezugnahme auf das Regulativ für die Erhebung der Hundsteuer in hiesiger Stadt und eingangsgebachte abändernde Bestimmung werden hiermit alle diejenigen hiesigen Einwohner, welche Hunde besitzen, aufgefordert, innerhalb der Frist vom 10. bis 15. Januar 1873 schriftlich den Besitz ihrer Hunde uns anzuzeigen und die zu entrichtende Hundsteuer mit dem Jahresbetrage in der Zeit vom 25. bis zum 30. Januar 1873 an Herrn Stadtcassirer Rosenfeld hier zu bezahlen.

Unterlassung der Anzeige und nicht pünktlich erfolgte Bezahlung der Steuer zieht die im Regulative § 2 und 4 bestimmten Nachteile nach sich.

Schneeberg, am 30. December 1872.

Der Rath. Förster.

Rehm.

Denjenigen von Hundshübel, welchen die hiesige Postexpeditionszeit unbekannt ist, mögen sich doch in das Postdienstlocal verfügen, von dem Postbericht, der zu Jedermanns Einsicht aushängt, Kenntniß nehmen.

## K. Postexpedition Hundshübel.

Marquard.

(13122)

## Bekanntmachung.

Bei der am 21. d. M. stattgehabten Ergänzungswahl des hiesigen Stadtverordneten-Collegium sind

I. als ansässige Stadtverordnete die Herren August Bernhard Schreiter und Carl Gottlieb Kreutel Jun.,

II. als unansässige Stadtverordnete Herr Friedrich Wilhelm Singer, sowie

III. als ansässige Ersatzmänner die Herren Christian Gottlieb Frommler und Carl Friedrich Lieb

erwählt worden, was wir andurch nach § 151 und bezüglich unter Bezugnahme auf § 152 der allgemeinen Städteordnung zur öffentlichen Kenntniß bringen.

Elterlein, am 14. December 1872.

Der Stadtrath.

In Interimsverwaltung: C. S. Thierfelder.

## Rückblick auf das Jahr 1872.

(Fortsetzung.)

Nachdem wir den Rückblick auf unser deutsches Reich abschließend möglichst ausführlich abgehandelt haben, wenden wir uns nunmehr zu den einzelnen Ländern Deutschlands, wobei wir uns aber der möglichsten Kürze befehligen werden.

Wir fassen dabei natürlich zuerst den größten und wichtigsten deutschen Staat.

**Preußen, in das Auge.** Wollen wir in gedrängter Uebersicht ausdrücken, was Preußen im Jahre 1872 vorzugsweise bewegt hat, so war es der geistige Kampf zwischen Staat und Ultramontanismus. Dieser Kampf wurde bald mit größerer, bald mit weniger Erbitterung geführt; allein bis zur Stunde kann sich der Staat keines wirklichen Sieges über den Ultramontanismus rühmen, und der Ultramontanismus zeigt sich bald offen, bald heimlich verbissener denn je. Obwohl der König am 17. Jan. den viel angefochtenen frommelnden Cultusminister v. Mähler entlassen und am 22. Jan. den Geh. Finanzrath Dr. Falk zum Cultusminister ernannt hat, so konnte doch bis jetzt das kräftige Auftreten des neuen Ministers den Kampf nicht zum bessern wenden. Das langjährige Regiment eines Mähler hat die jetzt widerspenstige Partei viel zu sehr verwöhnt und viel zu mächtig werden lassen, als daß sie nunmehr leicht und schnell zu bezwingen wäre. Zu diesem Kampfe gesellte sich in den Monaten October und November noch das bittere Zerwürfniß mit dem Herrenhause, wegen der neuen Kreisordnung, welche nach der Ansicht der starren Junker, ihnen viele ihrer, wie sie meinen, angeerbten Rechte entzieht. Dieses Zerwürfniß mit dem Herrenhause, dessen Widerstand gegen die Kreisordnung im Monat November durch einen Bairischschub von 24 neuen Herrenhaus-Mitgliedern gebrochen wurde, spielte selbst in das Ministerium bedeutend hinüber und die Minister von Roon und v. Seelow richteten anfangs December ihre Entlassung ein. Auf Wunsch des Königs zog später der Kriegswminister sein Entlassungsgesuch wieder zurück. Dies in Kürze die Hauptcharakteristika der Zustände in Preußen im Jahre 1872.

Gehen wir noch flüchtig etwas auf das Einzelne ein, so ist zu markiren, daß mit Beginn des Jahres 1872 der preussische Landtag versammelt ist. Im Abgeordnetenhaus wird in der Sitzung am 9. Jan. bittere Klage über die Polizeiverwaltung der großen Städte, namentlich aber über den Polizeipräsidenten v. Gerhardt in Magdeburg geführt. Daneben klagen alle unabhängigen berliner Zeitungen in allen Tonarten über den Sittenverfall der angehenden Weltstadt Berlin. Die Tage des 7.—13. Febr. müssen ganz besonders in der Geschichte Preußens im Jahre 1872 verzeichnet werden, denn an diesen Tagen fanden die

denkwürdigen und furchtbar heißen Debatten über das Schulaufsichtsgesetz im Abgeordnetenhaus statt, wobei Fürst Bismarck mehrere gewaltige Reden gegen die Rechte, die katholische Fraction und namentlich persönlich gegen den Abg. Windthorst losdonnert. Namentlich die katholische Partei ist eifrig bemüht, das Gesetz zu Fall zu bringen. Am 12. und 13. Febr. erfolgt die 2. und 3. Lesung dieses nur 4 §§. enthaltenden Gesetzes, wobei der Kampf zwischen der Linken, die für und der Rechten und der katholischen Fraction, die gegen das Gesetz kämpft, wieder sehr mächtig entbrannt. Bismarck geht abermals mit Aufbietern aller seiner Beredsamkeit und mit wahrhaft furchtbaren Angriffen gegen die Gegner des Gesetzes vor. Petitionen aus allen Theilen Preußens mit weit über dreimalhunderttausend Unterschriften von katholischen nicht nur, sondern auch von sehr vielen protestantischen Gemeinden waren — gegen das Gesetz eingegangen. Doch wird es schließlich nach einem achtstägigen furchtbar heißen und schweren Kampf am 13. Febr. mit 207 gegen 155 Stimmen angenommen. Diese Debatten brachten aber den längst verbissenen heimlichen Groll der Ultramontanen gegen die Staatsregierung und wohl sogar in erster Linie gegen den Fürsten Bismarck zum offenen Ausbruch, und seitdem dauert dieser Kampf fort. Bismarck hat sich durch sein Auftreten in diesen Debatten selbst die — Kreuzzeitung zum Feinde gemacht. — Am 21. Februar wird in Berlin ein junger bigotter katholischer Mann, Weker will verhaftet, der in Verdacht steht, ein Attentat auf Fürst Bismarck beabsichtigt zu haben. Schon nach acht Tagen aber wird er wieder frei gelassen, weil der Verdacht ein völlig unbegründeter war. Bei den wegen des vermeintlichen Attentats in der Provinz Posen vorgenommenen Hausdurchsuchungen wurden viele Papiere gefunden, die viel Licht über die Wählerreihen der Ultramontanen verbreiten sollen. — Ende Febr. zieht sich Fürst Bismarck, wegen seiner angegriffenen Gesundheit, auf seine Güter im Rauenburger Land zurück. — Mitte März beschäftigt sich das Abgeordnetenhaus mit der wichtigen „neuen Kreisordnung“, wobei es heisse Debatten feht, weil das Gesetz der Rechten viel zu liberal, der Linken nicht liberal genug ist. — Die Regierung geht jetzt streng gegen die Ultramontanen vor und erläßt strenge Verordnungen gegen die agitatorische Einwirkung ausländischer katholischer Priester. Dem Fürsten Bismarck gehen dafür massenweise Zustimmung- und Glückwunschsadressen nicht nur aus vielen Theilen Preußens, sondern auch namentlich aus Süddeutschland zu. — Den 15. März werden die Bonner Professoren Hilgers, Knoodt, Langem und Reusch durch den Erzbischof in Köln in den großen Mann gethan, weil sie sich beharrlich weigern, das Unschickliche